

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktags. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 17.—22. Sept. 4500 000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 750 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgehaltene Pettizelle oder deren Raum 1800 000 M. Mark, auswertige Grundpreis 150 M. mal Schlüsselzahl d. D. S. V., Veranml., Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 1500 000 M., Reklamen 7 200 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 222.

Sonntag, 22. September 1923.

30. Jahrgang.

Die Währungsbank.

Der wichtigste Teil der Zwischenreform, die der Bilanzierung des Budgets dienen soll, ohne die ein wertbeständiges Geld nicht möglich ist, ist die bereits angekündigte Währungsbank. Der Entwurf zur Schaffung einer solchen Bank wird augenblicklich im Kabinett beraten. Er trägt alle Zeichen des Kompromisses und kann seine Hauptpaten nicht verleugnen. Die neue Bank soll durch Landwirtschaft, Industrie und Handel errichtet werden und autonom sein. Das Reich hat gewisse Sicherungen vorsehen, von denen die wichtigste wohl der Vorbehalt ist, das Recht der Notenausgabe, das sie auf die wirtschaftlichen Berufsstände überträgt, jederzeit nach eigenem Ermessen zu widerrufen.

Durch die vorgesehene Regelung erfährt die kapitalistische Wirtschaft zweifellos eine wesentliche Stärkung, die ihr im übrigen noch nicht einmal viel kostet, denn die Belastung der Landwirtschaft usw. stellt eine bloße Garantieleistung dar und die tatsächliche Leistung von 6 1/2 Proz. kann aus den Mitteln des bilanzmäßigen Reingewinnes, wenn die Anteilhaber es wollen, bis unter 3 Proz. herabgedrückt werden. Dieser offenbare Mißstand kann nur aus dem Bestreben erklärt werden, jede nur mögliche Inflation der Bodenmark zu verhindern. Das ist von größter Wichtigkeit, weil die währungspolitischen Maßnahmen der Regierung sozusagen den letzten Versuch darstellen, der überhaupt gemacht werden kann, um zu einer festen Währung zu kommen. Schlägt dieser Versuch fehl, dann wird es sehr schwer sein, das Vertrauen der Bevölkerung für ein weiteres Experiment zu gewinnen.

Die Währungsreform steht und fällt mit der Möglichkeit, das Budget auszugleichen. Deshalb stellt die neue Bank der Regierung ein Darlehen von 2400 Millionen Bodenmark zur Verfügung, womit die schwebende Schuld fundiert werden soll. Mit dieser Summe muß die Regierung auskommen, wenn sie das neue gesetzliche Zahlungsmittel nicht verwässern will. Jede Ueberzeichnung der Währungsfredite durch die Regierung wird inflationär wirken müssen. Die Goldnote der Reichsbank wird nämlich als Auslandszahlungsmittel fungieren, während die Bodenmark das Inlandszahlungsmittel darstellt. Die neue Reichsbanknote ist das bessere Geld und wird ohne Zweifel gegenüber der Bodenmark ein Agio, eine Mehrbewertung haben. Damit ist der Kurs für die Bodenmark gegeben, der sich nach der Goldnote richtet. Die Regierung kann aber den Kursunterschied nur vor Schwankungen bewahren und damit die Wertbeständigkeit ihres gesetzlichen Zahlungsmittels erzwingen, wenn sie ihren Kredit bei der Währungsbank nicht mißbraucht. Das heißt mit anderen Worten, die Regierung muß Ausgaben und Einnahmen auszugleichen versuchen, nachdem sie durch das Darlehen von 2400 Millionen Bodenmark die schwebende Schuld fundiert hat. Hier liegt der Schwerpunkt für das Gelingen der ganzen Reform. Die Ueberwindung der budgetären Schwierigkeiten hängt aber u. E. nicht von außenpolitischen, sondern auch sehr stark von innenpolitischen Momenten ab. Es kommt darauf an, ob die Regierung, wenn sie das Ruhrgebiet wieder produktiv gestaltet, die nötige Kraft besitzt, die Verhältnisse im Innern zu meistern. Das Kabinett wird die Aufgabe nur lösen, und stark sein können, wenn die Massen, das ganze Volk hinter ihr stehen. Es ist an der Zeit, mit brutaler Offenheit zu sagen, daß die Regierung ihre Aufgabe nicht nur mit währungspolitischen Maßnahmen lösen kann. Die Währungspolitik muß durch eine brutale Finanzpolitik ergänzt werden. Einen Weg zur Gesundung gibt es ohnedem nicht.

*

Der „Soz. Parlaments-Dienst“ ist in der Lage, aus dem im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten

Gesetzentwurf über die Währungsbank

bereits folgendes mitzuteilen: Der Entwurf zur Schaffung eines neuen Geldes sieht die Errichtung einer Währungsbank durch die wirtschaftlichen Berufsstände Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich des Transport- und Bankgewerbes vor. Der städtische Grundbesitz soll nach Maßgabe der Aufhebung der Zwangswirtschaft herangezogen werden. Die Satzungen werden von den Spitzenverbänden der wirtschaftlichen Berufsstände festgestellt. Die Bank ist selbständig in Verwaltung und Geschäftsführung. Die Wahl eines Präsidenten bedarf der Genehmigung der Reichsregierung. Die Spitzenverbände dürfen drei Personen vorschlagen. Werden diese abgelehnt, so ernannt die Reichsregierung den Präsidenten mit Zustimmung des Reichsrats. Der vorläufige Präsident wird von der Reichsregierung ernannt. Die Währungsbank ist von allen Steuern befreit.

Das Kapital beträgt 2400 Millionen Bodenmark. Es wird zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft und von der Industrie

usw. aufgebracht. Die Aufbringung durch die Landwirtschaft erfolgt in der Art, daß die Währungsbank an den Grundstücken, die dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, in Höhe von 3 Proz. des Wehrbeitrages eine auf Goldmark lautende Grundschuld erwirbt. Das Kapital der Grundschuld ist mit 6 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen. Gegen Ansprüche aus der Grundschuld findet auf Antrag der Währungsbank im Weigerungsfalle die sofortige Zwangsversteigerung statt. Ist das mit der Grundschuld belastete Grundstück verpachtet, so kann der Eigentümer von dem Pächter die Erstattung der Hälfte der von ihm an die Währungsbank geleisteten Zinsen verlangen. Bei den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben erwirbt die Währungsbank, falls der Unternehmer Eigentümer eines dem Betrieb dienenden Grundstücks ist, eine Grundschuld wie in der Landwirtschaft. Soweit das nicht der Fall ist, muß der Währungsbank eine auf Goldmark lautende Schuldverschreibung des Unternehmers ausgehändigt werden. Jedoch sind die Unternehmer berechtigt, nach vorheriger Zustimmung der Reichsregierung von der in dem Entwurf vorgesehene Belastung sich durch Leistung von Gold oder Zahlungsmitteln in ausländischer Währung zu befreien. Die Grundschuld sowie der Anspruch aus der Schuldverschreibung gehen, soweit nicht mit anderen Staaten getroffene Vereinbarungen entgegenstehen, allen anderen Lasten im Range vor. Wenn der Rang der Grundschuld usw. infolge eines aus Anlaß des Vertrages von Versailles mit anderen Staaten getroffenen Abkommens für andere Zwecke in Anspruch genommen werden sollte, treten die Grundschulden im Range zurück, jedoch nicht über 12 1/2 Prozent des Wehrbeitrages.

Die Währungsbank stellt auf Grund ihres Kapitals Rententbriefe aus, die auf 500 Goldmark oder ein Siebenfaches davon lauten und mit 5 v. H. jährlich verzinslich sind. Sie dienen als Deckung für die von der Währungsbank auszugebende Bodenmark, die in 100 Bodenpfennig eingeteilt ist und zwar dürfen für auf 500 Goldmark lautende Rententbriefe 500 Bodenmark ausgegeben werden, soweit Deckung vorhanden ist. Die Bank ist verpflichtet, die Geldzeichen gegen Rententbriefe einzulösen. Eine Bodenmark entspricht dem Werte von 0,355 Gr. Feingold.

Die Währungsbank darf bankmäßige Geschäfte nur mit dem Reich machen. Sie erhält die Ermächtigung, während der nächsten zwei Jahre dem Reich auf Bodenmark lautende und in Goldmark verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrag von 2 Millionen Bodenmark zu gewähren. Nach Ablauf dieser zwei Jahre tritt die Währungsbank in Liquidation. Sofort stellt sie dem Reich ein zinsloses Darlehen von 300 Millionen Bodenmark zur Verfügung. Das Reich muß diese Summe zur Einlösung oder Teileneinlösung seiner bei der Reichsbank diskontierten Scheckanweisungen verwenden, während die Reichsbank verpflichtet ist, mit den ihr zustehenden Beträgen die umlaufenden Reichsbanknoten einzulösen. Das Wertverhältnis, das der Einlösung zugrunde liegt, wird von der Reichsregierung im Einvernehmen mit der Reichsbank und der Währungsbank bestimmt. Reicht die Summe von 300 Millionen nicht aus, so ist ein verzinsliches Zusatzdarlehen aus dem Zweimilliarden-Kredit nachzusuchen und zu gewähren.

Gesetzliches Zahlungsmittel ist die Bodenmark. In ihrer Stelle sind bei Zahlungen in allen Beträgen bis zu 500 Bodenmark die im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten und andere gesetzliche Zahlungsmittel auf Grund des festgestellten Währungsverhältnisses in Zahlung zu nehmen. Die Beschränkung gilt nicht bei Zahlungen an öffentlichen Kassen.

Den Kapitalgebern wird aus dem bilanzmäßigen Reingewinn 3 Prozent zugeführt. Soweit die Einlagen in Grundschulden und Schuldverschreibungen bestehen, wird der verfügbare Betrag aus dem Reingewinn eines Jahres auf die erste Halbjahreszinsleistung des folgenden Jahres verrechnet. Der Restbetrag dient zu drei Vierteln der Verstärkung des Tilgungskontos, während das letzte Viertel zur freien Verfügung der Währungsbank steht.

Im Falle der Wiederherstellung der Goldwährung vor der vorgesehene Frist von 2 Jahren kann das Reich das Recht der Währungsbank zur Ausgabe von Goldzeichen aufheben und die Einziehung der umlaufenden Goldzeichen verlangen. In diesem Falle muß die Währungsbank entweder liquidieren oder die zu ihren Gunsten eingetragenen Grundschulden und die ihr ausgehändigten Schuldverschreibungen als auch von ihr ausgestellten Rententbriefe in Goldwährung umtauschen. Ein verbleibender Ueberschuß wird zur Hälfte nach der Bestimmung der Berufsstände zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens verwendet, über die andere Hälfte wird durch Reichsgesetz verfügt.

Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet?

S. D. Deutschland ist nach wie vor auf eigene Füße gestellt. Auch die Besprechungen zwischen Poincaré und Baldwin berechneten keineswegs zu einer Hoffnung auf das „große Wunder“, das unser Volk jetzt schon seit Jahren erwartet. Die Reichsregierung muß deshalb aus eigener Kraft versuchen, dem Zustand im Westen ein Ende zu machen, den sie aus Liebe zum Volke in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Parlaments ebenfalls für unerträglich hält. Das ist schwer, aber bei einigem guten Willen der französischen Regierung scheint uns trotzdem ein Weg möglich, der zur Rückkehr der Produktion im Ruhrgebiet führt, ohne daß der Grundsat des französischen Ministerpräsidenten: keine Räumung ohne vorherigen Verzicht auf den passiven Widerstand, verletzt wird.

Die Reichsregierung hat wiederholt erklärt, daß sie bereit ist, für die Rückkehr zur Produktion im Ruhrgebiet einzutreten, wenn die französische Regierung sich verpflichtet, vor allen Dingen die Ausgewiesenen zurückzulassen und die Verhafteten freizugeben. Diese Voraussetzungen zum Abbruch der Abwehr sind nicht willkürlichen Ursprungs, sondern werden durch innerpolitische Gründe diktiert; ohne deren Erfüllung schließlich auch keine Außenpolitik mehr möglich ist. Grundlegend ist die französische Regierung und das belgische Kabinett bereit, diesem deutschen Verlangen mit gewissen Einschränkungen zuzustimmen. In den Instruktionen, die Poincaré am 14. Juli anlässlich der Auseinandersetzung mit England an seinen Botschafter in London richtete, erklärt er sich bereit, für den Fall der Einstellung des deutschen Widerstandes die „Aufhebung einer gewissen Zahl von Maßnahmen“, besonders die Rückkehr der ausgewiesenen Eisenbahner und unteren Beamten, anzuordnen. In ähnlichem Sinne äußerte sich die belgische Regierung in ihrem letzten Blaubuch, das ebenfalls anlässlich der Besprechungen zwischen London, Paris und Brüssel am 3. August veröffentlicht wurde. Sie geht sogar noch darüber hinaus, indem sie erklärt, daß die Einstellung des passiven Widerstandes eine Aenderung in der Natur der Besatzung zur Folge haben würde.

Wenn Belgien und Frankreich, was anzunehmen ist, zu ihren Dokumenten nach wie vor stehen, also bereit sind, tatsächlich eine weitgehende Aenderung in der Natur der Besatzung vorzunehmen, dann steht u. E. der Aufgabe des passiven Widerstandes selbst nichts im Wege, wenn die Zurücklassung der Ausgewiesenen und die Freilassung der Verhafteten erst ermöglicht wird, nachdem die Rückkehr zur Produktion erfolgt ist. Infolgedessen bedürfte es jetzt lediglich zunächst noch der Klarheit darüber, in welchem Maße die Form der Besatzung geändert werden soll. Wir wissen, daß sowohl Frankreich wie Belgien nicht geneigt sind alle Ausgewiesenen zurückzulassen. Wir glauben aber auch nicht, daß die Reichsregierung die Absicht hat, an einem Einzelfall die Verständigung scheitern zu lassen. Aber es liegt sowohl im Interesse Frankreichs als der Entente überhaupt, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten an ihre Arbeitsstätten zurückkehren, die Führer der Produktion die Leitung der Fabriken übernehmen und die Gewerkschaftsführer den schaffenden Arbeitern wiedergegeben werden. Wie soll z. B. ohnedem die für das deutsche Wirtschaftsleben so notwendige Produktion wieder aufblühen. Darüber sollte man sich doch auch in Frankreich klar sein, daß ohne restlose Wiederaufnahme der Produktion im Westen eine Möglichkeit zur Zahlung der schweren Reparationsopfer nicht besteht.

Jedenfalls ist die Reichsregierung bereit, den beschrittenen Weg der Verständigung weiter zu gehen, wenn man es ihr von Paris aus nicht allzu schwer macht. Sie dürfte wahrscheinlich zu Beginn der kommenden Woche in Uebereinstimmung mit maßgebenden Vertretern der besetzten Gebiete entscheidende Beschlüsse fassen, die der Welt erneut den Beweis der deutschen Verständigungsbereitschaft liefern werden. Aber auch diese Beschlüßfassung setzt voraus, daß Frankreich gegenüber einem wirtschaftlich zerrütteten Deutschland, dessen verantwortliche Politiker sich eines verlorenen Krieges durchaus bewußt sind, jenes Maß an Loyalität beweisen, wie es von ihm als siegreiche Macht ermartet werden kann.

Aufsehenerregende Enthüllungen.

Die Pariser „Ere Nouvelle“ vom 19. September veröffentlicht einen Sonderbericht aus Madrid, der geclanet ist, das größte Aufsehen zu erregen und den Spanischen Militärputsch in ganz neuem Lichte erscheinen zu lassen.

abgekartetes Spiel

zwischen dem König Alfons XIII. und der Generalität gewesen. Diese Behauptung wird mit einer Reihe von Einzelheiten belegt, die tatsächlich einen Zweifel an der Richtigkeit dieser Version schwer aufkommen lassen.

nicht reagiert.

Erst nach dem Puttsch sei er nach Madrid zurückgekehrt und habe er sofort den General Munoz Cobos, den Gouverneur von Madrid, der die Bewegung in der Hauptstadt leitete, freudestrahelnd in Audienz empfangen.

Erst jetzt beginne man in Spanien die vorzüglich inszenierte Komödie zu durchschauen. Eine neue große Offensive soll nun in Marokko lediglich zu dem Zwecke eingeleitet werden, das Prestige des Königs Hauses wiederherzustellen!

Das Manifest der Arbeiterorganisation.

Die Korrespondenz des IGD teilt mit: Im Zusammenhang mit den neuesten Ereignissen in Spanien veröffentlicht die Sozialistische Partei und der spanische Gewerkschaftsbund ein gemeinsames Manifest, in dem sie den Gewaltstreik verurteilen, der offenbar darauf hinausläuft, durch eine Förderung des militärischen Abenteuerers in Marokko den 25 000 spanischen Offizieren der spanischen Armee von 300 000 Mann (1 Offizier auf 12 Mann) eine Daseinsberechtigung zu verschaffen.

Granisch-Marokko als Tausch gegen Gibraltar.

In einem Interview erklärte Primo einer seiner Hauptwünsche sei der Austausch Spanisch-Marokkos gegen Gibraltar. Allerdings erlauben die jetzigen Umstände nicht die sofortige Inangriffnahme dieses Gedankens.

Die Revolution in Bulgarien.

III. Rom, 20. September.

Die revolutionäre Bewegung in Bulgarien nimmt ständisch an Ausdehnung zu: gegenwärtig finden schwere Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Anhängern des vorigen Ministerpräsidenten Stamboliski südlich und südwestlich von Sofia statt.

Die allgemeine Ernährungslage.

Unsicherheit in der Brotversorgung!

Am Donnerstag wurde im Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die allgemeine Ernährungslage besprochen. Ein Vertreter des Ernährungsministeriums führte aus, daß die diesjährige Ernte auf 10 Millionen Tonnen geschätzt werden könne.

maßgebend für den Rückgang der Milchlieferungen in die Großstädte. Anschließend trat der Ausschuß in die Beratung des vom Ernährungsministerium vorgelegten Entwurfes einer Verordnung über die Zuckerverteilung im Wirtschaftsjahr 1923/24.

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Table with 2 columns: Month and Index Value. Includes rows for May, June, July, August, and September.

Steigerung gegen die Vorwoche 182 Prozent.

Die Teuerung hat sich somit in verächtlichem Tempo fortgesetzt. Bereits am Montag hat das Niveau der Lebenshaltungskosten den 14millionenfachen Vorkriegsstand überschritten.

Die Goldmärkte.

III. Berlin, 21. September.

Stand der Goldmärkte am 21. September 1923, berechnet nach dem amtlichen Mittelkurs für Auszahlung New York: 26 195 176; Stand am 20. September 1923: 43 333 333.

Vorübergehende Besserung der Mark.

Berlin, 21. September.

SPD. Infolge des Vorgehens des Finanzministers erfuhr der Devisenmarkt in Berlin am Freitag erneut eine wesentliche Entlastung. Da man mit der vollen Zuteilung rechnete, stellte die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln mehr den tatsächlichen Bedarf dar.

Infolge der verminderten und fehlenden Nachfrage konnte der Dollar amtlich durchschnittlich mit 110 Millionen, das Pfund durchschnittlich mit 560 Millionen notiert werden.

Trotz der nicht unwesentlichen Marktbesserung, die z. B. gegenüber dem Dollar mehr als 33% Proz. beträgt, ist festzustellen, daß gerade die Preise für wichtige Lebensmittel, z. B. für Kartoffeln, eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren.

Eine halbamtliche Nichtstafelung.

III. Berlin, 22. September.

In einer halbamtlichen Auslassung wird gegen die Münchener Augsburger Abendzeitung wegen verschiedener Meldungen über Kabinetsfreilegererüchte polemisiert. Es heißt in der halbamtlichen Auslassung u. a.: Die Meldungen laufen darauf hinaus, daß innerhalb des Reichskabinetts starke Unstimmigkeiten beständen und der Reichszentralrat mit dem Gedanken umgehe, sich von der Sozialdemokratie zu trennen.

Strafvereicherungen für Krupp und seine Direktoren.

In Ergänzung der Meldung, wonach Herr Krupp von Bohlen-Halbach und mit ihm zugleich die im Krupp-Prozess verurteilten Direktoren demnach in die zu diesem Zweck von den Franzosen freigemachte Wohnung des Gefängnisdirektors übersiedeln werden, erzählt die Telegraphen-Union zuverlässig: Die französische Verwaltung des Düsseldorf-Gefängnisses hat nunmehr auf Drängen von neutraler Seite von Paris aus die generelle Verfügung erlassen, daß die im Krupp-Prozess Verurteilten nicht, wie bisher als Strafgefangene, sondern nunmehr als politische Gefangene zu behandeln sind und für ihre Behandlung die in den französischen Vorschriften geltenden Bestimmungen in Anwendung zu bringen seien.

Weitere Erhöhung der Eisenbahntarife. — Schlüsselzahl im Güterverkehr 36 Millionen, im Personenverkehr 20 Millionen.

III. Berlin, 21. September.

Infolge der weiter fortgeschrittenen Teuerung für Rohstoffe und Materialien und infolge der großen auf der Reichsbahn lastenden sonstigen Ausgaben sieht sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, die Eisenbahntarife vom Dienstag, 25. September, ab heranzuziehen.

Die Notwendigkeit der Vereinfachung der sozialen Versicherungsorganisation.

III. Berlin, 20. September.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde die Diskussion über die Einwirkung der Geldentwertung auf die Sozialversicherung fortgesetzt. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verbreitete sich in längeren Ausführungen über das Verhältnis der für die Versicherung aufzubringenden Leistung durch die Versicherer einestseits und durch das Reich und die Gemeinden andererseits.

Die Renten der Kriegsbeschädigten.

SPD. Die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sind noch mehr als Löhne und Gehälter hinter dem Friedenswert zurückgeblieben. Wohl werden die Renten im gleichen prozentualen Ausmaß wie die Beamtenbesoldung erhöht, die Auszahlung läßt jedoch in der Regel bis zu einem Monat auf sich warten.

In Berlin findet am Sonntag, dem 23. September, eine vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranstaltete Kundgebung statt, die u. a. die Forderung nach Zahlung wertbeständiger Renten zum Gegenstand hat.

Wilde Puttschgerichte.

In Erwartung großer Ereignisse nehmen die Puttschgerüchte in letzter Zeit wieder überhand. Einmal sollen es die Kommunisten sein, die zuerst loszuschlagen wollen, das andere Mal sind es die Deutschvölkischen, denen man den Glauben jumpt, unser Volk durch einen neuen Puttsch zu retten.

Die Lohnmehrzahl der Reichsarbeiter.

Berlin, 21. September.

Die endgültige Lohnmehrzahl für die Reichsarbeiter wurde auf Grund der gestern abgeschlossenen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen für die laufende Woche auf 23 500 festgelegt.

Spitzenlohn der Buchdrucker.

III. Berlin, 22. September.

Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckergewerbe beträgt am 22. September 1 600 000. Das Zentralprüfungsamt der deutschen Buchdrucker hat am 21. September für die Woche vom 22.—28. September einen Schiedsspruch gefällt, der einen Spitzenlohn von 850 Millionen Mark vorsieht.

Bergarbeiterlöhne.

Der Reichslohnrat nahm am Freitag eine Neuregelung der Löhne im Steinkohlenbergbau vor. Die Löhne für das Ruhrgebiet und für das Gebiet bei Aachen und Köln wurden um 18,7 Proz. auf 160 Millionen pro Tag erhöht.

Das Ruhr-Banana.

Die Geschichte wiederholt sich. Ebenso wie das deutsche Volk beim Abschluss des Weltkrieges mit Entsetzen gewahr wurde, daß es vier Jahre lang belagert und betrogen wurde, beginnt es jetzt, nach acht Monaten des Ruhrkrieges, einzusehen, daß die heroische Kulisse, die von den Nationalisten aufgerichtet wurde, für viele „edldeutsche“ Patrioten nur dazu diente, sich auf Kosten des hungernden, leidenden Volkes zu bereichern. Je mehr Einzelheiten über die Verschleuderung der Ruhrkredite bekannt werden, desto offenkundiger wird es, daß wir es hier mit einer Panama-Affäre von ungeheuerlichem Ausmaße zu tun haben. In der „Wassischen Zeitung“ wird auch an leitender Stelle darüber geschrieben:

„Der Zusammenbruch des Regimes Cuno zieht seine Kreise. Was die Herren Baecker und Herms aus begrifflichen Gründen geheim zu halten wünschten, wird jetzt offenbar. Die Ruhraktion hat nicht nur notwendige Ausgaben mit sich gebracht, die Monate hindurch das Reich zu tragen einfach nicht in der Lage war, sondern sie hat obendrein auch noch unnötige Summen gekostet, an denen auch ein wohlgeordnetes Finanzwesen schließlich zusammengebrochen wäre. Zwar ist es nicht verwunderlich, daß bei einem Unternehmen, das nach vorsichtiger Schätzung täglich 10 bis 12 Millionen Goldmark verschlingt — die volksparteiartige Abgeordnete Frau Dheim sprach kürzlich sogar von 40 Goldmillionen —, manche statilische Summe in Taschen fließt, für die sie nicht bestimmt ist. Aber die unverantwortliche und untragbare Belastung des Reiches entstand nicht durch ein paar Fälle illegaler Korruption, die hier und da vorgekommen sein mögen, sondern sie rührt her von dem ganz „legalen“ Zustand, der sich in den letzten Monaten im Ruhr- und Rheinland herausgebildet hatte.

Von den Reichsgeldern lebten nicht nur diejenigen, die wirklich infolge der Besetzungsmassnahmen und des passiven Widerstandes arbeitslos geworden waren, sondern ganze Berufs-kategorien, die nichts mit dem passiven Widerstand zu tun hatten, ließen sich bereitwillig von der Ruhrhilfe „erfassen“. Mit den Kaufleuten fing es an, dann kamen Kinobesitzer und Gastwirte, und endlich sollen sogar die Hausangestellten sehr begüterter Familien ihre Unterstützung aus der Ruhrhilfe des Reiches bezogen haben.“

Mit Recht weist das Blatt darauf hin, daß die Berliner Zentrale, das Kabinett Cuno, die Verantwortung für dieses System der Korruption trifft. Jetzt wird natürlich versucht, die Regierung und das Unternehmertum zu entlasten und alle Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen. Wie steht es aber in Wahrheit mit diesen Dingen? „Die Arbeiter, die die Hauptträger des passiven Widerstandes waren, haben aus den Mitteln des Reiches ihren Lebensunterhalt bekommen. Vielfach ist die Kost, die man ihnen geben konnte, recht schmal gewesen, manchmal mag sie reichlicher gewesen sein, als zum notdürftigen Leben erforderlich war, Reich-tümer werden sie aber während der achtmonatigen Besetzungszeit kaum haben ansammeln können.“

Wie steht es aber mit den großen Unternehmern des besetzten Gebietes? Gewiß, auch sie haben während der Besetzung zum Teil persönlich Schweres erlitten müssen: ihre Betriebe standen still, und damit entfielen die normalen Einnahmen und Ueberschüsse. Die Gelder, die das Reich dem Rhein- und Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt hat, wurden zwar den Unternehmern durch die Kohlenfinanzierungsgesellschaft, die Stahlfinanzierungsgesellschaft und einige kleinere Unterstützungskassen als Kredite gegeben. Die Kredite waren — es ist das eine der trübsten Seiten aus dem Kapitel Hermes-Havenstein — mehrere Monate hindurch nicht wertbeständig, so daß das Reich schon dadurch außerordentliche Verluste erlitt. Etwas seit dem Mai sind dann die Kredite allgemein auf wertbeständige Grundlage umgestellt worden, so daß nominell die Ruhr- und Rheinindustrie dem Reich in sehr großem Umfange verschuldet ist. Aber diese Schuld wird anscheinend von beiden Seiten nicht mehr recht ernst genommen.“

Diese Tatsachen wirken um so niederschmetternder, als allgemein bekannt ist, daß zahlreiche Unternehmer im Ruhrgebiet gewaltige Warenvorräte aufgespeichert und ihre Betriebe aus den Mitteln der Ruhrhilfe instand gesetzt und ausgebaut haben. Die Forderung ist deshalb berechtigt, daß diese Kredite voll zurückgezahlt werden. Ohne Rücksicht muß in diesen großen Sumpf hineingeleuchtet und gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Internationaler Kongress der Lederarbeiter.

SPD. Dresden, 18. September.

In Dresden tagte vom 16. bis 18. September der Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-arbeiter. Aus elf Ländern waren 50 Delegierte vertreten. Die Leitung des Kongresses lag in der Hand von Poulton-London, Roux-Paris und Simon-Nürnberg. Genosse Simon erstattete Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Schuh- und Lederindustrie empfindlich unter den Schwankungen der Konjunktur zu leiden hat. Die Besetzung des Ruhrgebiets verschärft die Lage besonders in Deutschland, wo die Situation der Arbeitermassen zur Verzweiflung treibt. In ihrer Not appellieren die deutschen Arbeiter an die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt, ihre Anstrengungen und ihren Druck auf ihre Regierung zu verstärken, damit den gepöhlten Völkern endlich der Friede gegeben wird. In der Diskussion zum Bericht des Sekretärs wurde die negative Kritik der Kommunisten zurückgewiesen. Moor-Schweiz begründet den Antrag der Schweizer Lederarbeiter auf Aufnahme des zweiten französischen sowie des russischen Lederarbeiterverbandes in die Internationale Vereinigung. Demgegenüber legte das Zentralkomitee eine Entschließung vor, wonach von allen Verbänden, die die Aufnahme in die Internationale Vereinigung nachsuchen folgende Bedingungen erfüllt werden müssen:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Statuten und Kongressbeschlüsse der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-arbeiter. Unterlassung jeden Versuchs, Beschlüsse irgend einer der Internationalen Vereinigung nicht angehörenden Organisationen oder Instanzen durchzuführen. Unterlassung der Zellenbildung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen.
2. Einstellung des Verleumdungsbezuges gegen die Amsterdamer Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Weise ohne persönliche Angriffe auszutragen.
3. Neben Versuch zur Eruierung der internationalen Organisation zu unterlassen und solchen Versuchen entgegenzutreten. Sowie Spaltungen schon erfolgt sind, ist alles zu tun, um die Wiedervereinigung dieser Verbände herbeizuführen.

Die Entschließung der Zentralkommission wurde in ihrem ersten Teil gegen eine Stimme, in ihrem zweiten Teil, der die eigentlichen Bedingungen enthält, gegen 14 Stimmen angenommen, die sich aus den englischen Delegierten, die überhaupt gegen die Aufnahme der Russen waren, und aus den oppositionellen Vertretern zusammensetzten. Darauf erklärte der russische Vertreter, daß sein Verband wohl die Aufnahme wünsche, aber die Notwendigkeit der Bedingungen nicht einsehen könne. Dann referierte Roux-Paris über den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Die Angriffe sind überall von der Arbeiterschaft abgewehrt worden mit Ausnahme der Schweiz, wo die 52-Stunden-Woche bereits in zahlreichen Betrieben eingeführt wurde. In Deutschland arbeite man in der Schuhindustrie nur 47, in der Sattlerei nur 48 Stunden in der Woche. Roux forderte auf, dem Angriff der Arbeitgeber mit der Forderung nach der 44-Stunden-Woche zu begegnen. Der Kongress stimmte dem zu, worauf Roux die Tagung mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung schloß.

Vermischte Nachrichten.

Der Ozeanflug des neuen Zeppelin-Kreuzers. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington bereitet das Marine-Departement die Ueberführung des Zeppelin „Z. B. 3“ von Friedrichshafen nach Lakehurst (New-Jersey) vor. Die Ueberführung soll voraussichtlich im November stattfinden. „Z. B. 3“ ist für das Marine-Departement in Deutschland gebaut worden. Es ist beabsichtigt, den Flug über Frankreich, die Azoren und die Bermudas vorzunehmen, und von dort nach Lakehurst zu steuern. Die Gesamtentfernung beträgt 4500 Meilen. Auf dem ganzen Wege werden Schiffe der amerikanischen Kriegsmarine Wache halten für den Fall, daß ein Unfall eintritt.

Heiraten unter Blutsverwandten. Die Statistische Korrespondenz (Verlag des Preussischen Statistischen Landesamtes zu Berlin) bringt einige Angaben über Heiraten unter Blutsverwandten, denen wir dieses entnehmen: Während bei den Urvölkern Heiraten zwischen Blutsverwandten zum Teil häufig waren, liegen die Kulturvölker sie schon frühzeitig nicht zu. Unter der Herrschaft des Kirchenrechts waren Ehen unter Verwandten auch des weitesten Grades verboten, und manche Ehe verfiel der Auflösung, wenn nachträglich eine entfernte Verwandtschaft der Eheleute festgestellt wurde. Unser jetziges Recht erlaubt bereits Heiraten zwischen Geschwisterkindern, zwischen Oheim und Nichte, zwischen Neffen und Tante, und es wird in Preußen in jedem Jahre eine beträchtliche Zahl von Ehen zwischen Verwandten dieses nahen Grades geschlossen, obwohl von ärztlicher Seite bisweilen Bedenken dagegen erhoben werden. Der Anteil dieser verwandten Ehen an der Gesamtzahl der Eheschließungen ist aber in ständiger Abnahme begriffen. Die Höchstzahl solcher Eheschließungen wurde im Jahre 1877 mit 9,47 Prozent erreicht, während sie in den Jahren 1914 bis 1922 bis auf 3,13 Prozent im Durchschnitt sank. In der großen Mehrzahl der Fälle (im Durchschnitt 91,10 Prozent) waren dies Ehen zwischen Geschwisterkindern. 7,42 Prozent entfielen dann auf Ehen zwischen Oheim und Nichte, während Ehen zwischen Neffen und Tante (1,48 Prozent) wohl schon deshalb seltener sind, weil im allgemeinen eine Tante älter als der Neffe ist.

Eine falschgeldverfälschte ausgehoben. In einem Vorort Stuttgarts wurde eine Falschgeldverfälscherei ausgehoben, in der für 60 Milliarden falsche Zwanzigmillionen-scheine und eine Steindruckpresse beschlagnahmt wurden. Da auch eine Anzahl 50 000-Mark-scheine gefunden wurde, so dürfte der Betrieb schon längere Zeit bestehen. Verhaftet wurden die Geschwister Gram und ihr Vater. Die anderen Familienmitglieder, darunter der Redakteur Laemmle, der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“, bestritten ihre Mitwirkung und wurden vorläufig auf freiem Fuß gelassen.

Heftige Feuersbrunst in Kalifornien. Aus London wird gemeldet: Ueber die Feuersbrunst, die seit einigen Tagen in der Gegend von Sonoma in Kalifornien wütet, werden folgende Einzelheiten bekannt: In der Gegend von Marin verbreiteten sich die Flammen auf einer Front von 27 Kilometern. Das Feuer nahm einen solchen Umfang an, daß man seiner noch nicht Herr werden konnte. Sechs kleine Städte sind in Gefahr. Die Städte Boylson und Johannesburg sind von Grund auf zerstört. Der Brand richtete in 10 verschiedenen Gegenden große Zerstörungen an und hat bereits fünf Städte im Innern des Landes und zwölf Sommerhäuser schwer mitgenommen. Es ist schließlich gelungen, den Feuerherd in der Stadt Berkeley zu ersticken, doch sind mehr als 1000 Häuser der Feuersbrunst zum Opfer gefallen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freitakt Lübeck und Zeilertouren Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Trotz der entsetzlichen Teuerung

ist es kein Kunststück, stets gut gekleidet zu sein, wenn man alle Kleidungsstücke nur mit den weltberühmten echten Geimann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern, selbst färbt. Geimann's Farbe spart den Färber.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

26. Fortsetzung.

Es war doch sonderbar, wie Brändli sie jetzt immer anschaut! — Und der Vater! Er war so grau und vielleicht noch fürchterlicher als früher, der kleine Mann! Und er fragte jetzt manchmal so sonderbar: „Es ist mir immer, du habest einen Kummer, Sali.“ Und die Mutter? Ihre Augen folgten ihr immer. Die beiden Alten berieten heimlich miteinander, und sie sah, daß von ihr die Rede war! Und die Menschen auf der Straße! Wachten die etwas? Oder sahen sie etwas Besonderes an ihr? Und die Vorgesetzten auf der Bank — hatten die einem immer so gerade in die Augen geschaut? Sie gab sich Mühe, diese Blicke auszuhalten, stracks und fest, aber sie konnte es nicht helfen, sie war nicht Herr über die eigenen Augen. Immer suchten sie einen Ausweg vor den prüfenden anderen oder senkten sich gar zu Boden, und sie fühlte, wie ihr das Herz zu klopfen anfing, und wie ihr das Blut flieg.

Wenn es doch Nacht geblieben wäre! Aber der Tag kam immer wieder. Man erwachte und mußte sich aufstellen, den neuen Tag zu leben; mußte aus der Kammer, in welcher man wie in einer Zucht war, wieder hinaus unter die Menschen, die Gaffer und — und die Gefährlichen, die es vielleicht — vielleicht wußten!

Die Natur stand in ihrer vollsten Pracht. Ein Reichthum von Blumen leuchtete aus allen Gärten, und der Himmel war aller Wolken bar, ein Wunder von Licht. Die Abende waren voll wehender Kühle und leiser Klarheit. Es war alles schön. Aber wenn man sich daran freuen wollte, brach plötzlich etwas im Herzen, und die Freude war zu Scherben und war Schmerz.

So war es mit dem Vagen. Manchmal sollte man lachen, weiß die Freunde lachten und das Vagen von einem erwarteten. Aber es brach, wie die Freude brach, eben, da man glaubte, daß es lebendig geworden.

Salome Zeller alterte. Mehr Grau spannte sich in ihr Haar, und mehr Furchen und Schmitte grub ein heimliches Messer ihr ins Gesicht. „Welch ein vergrämtes kleines Jünglein!“, sagte einmal ein hochgewachsener, frischer und lebensfroher Schulnahe zu seinem Kameraden, als sie an ihr vorübergingen. Sie hörte es deutlich. Sie betete viel. Oben in ihrer Kammer lag sie gebückt in einer Ecke oder lag auf den Knien vor ihrem Bett und schlang die Finger ineinander. „Gott, o Gott, laß nichts an den Tag kommen, nicht meinethwegen, nur um der anderen braven Menschen willen.“

Bei keiner Andacht der Stundenbrüder fehlte sie. Es wärmte sie da etwas, wie ein warmer Mantel ein frierendes Kind. Und Gott war auch da nahe. Der einzige, mit dem sie reden konnte! Zuweilen sah sie Heim.

Einmal, als sie einmal einen Spaziergang in den Wald machte, konnte sie den Jüngling und Luzia Petermann selbst ungesucht beobachten, wie sie auf einem Seitenpfad heran- und vorbeifamen. Sie waren beide im Sonntagsstaat, ein wenig geschminkt, aber ein schönes Paar, Heini steif, stark und blond, Luzia beweglich und eitel. Sie schienen vergnügt und verliebt. Salome stand in ihrem fadenfarbenen Kleide, das sie schon im dritten Jahre trug, hinter einem Busch. Ein bitterer Gedanke stieg in ihr auf. Die zwei waren sorglos, leichtlebig und trugen sich vornehm; sie aber darbt sie um ihretwillen.

Es ging gegen den Herbst hin, als Salome eines Morgens in die Bank kam und zu ihrem Erstaunen Johann Paul Brändli schon da fand, während er sonst leichlich erst eine Stunde später seinen Dienst anzutreten hatte. Eine Bekommenheit befiel sie. Der Gruß wollte ihr nicht aus der Kehle. Während sie Hut und Jacke abnahm und aufhängte, fand sie indessen ihre Selbstbeherrschung wieder.

„Sie sind sehr früh!“, bemerkte sie zu Brändli. Er stand vor seinem Bult und rechnete. Zuerst schien es, als habe er sie nicht gehört, aber als sie an ihren Platz kam, hielt er in der Arbeit inne und sah sie, wie einer, der von Gedanken ganz benommen ist, an.

„Ich bin schon lange da!“, sagte er. Er war ihr noch nie so bleich erschienen. Dann erst bemerkte sie, daß er eines ihrer Bücher vor sich liegen hatte. Sie schloste. Die Angst stieg in ihr auf und würgte sie. Aber sie machte sich an die Arbeit, obgleich ihr die Hände, wie im Frost schüttelten und die Zahlen und Worte vor ihren Augen tanzten.

Brändli rechnete und manchmal wiegte er den Kopf, wie einer, der etwas nicht begreift. Auf einmal stand er neben ihr, ebenso zitterig wie sie selber. „Denken Sie, Fräulein Sali!“, sagte er, „es fehlt uns Geld.“

„Uns!“, sagte sie wie immer sich völlig gleich stellend und ihr Mißgeschick zu dem seinen machend. „Es hat sich erst durch eine Klage bei unserem Direktor ergeben!“, erzählte er weiter. „Er sprach mir gestern abend davon. Und — nun suche ich seit Stunden und Stunden und kann es nicht finden, keine Spur. Ich wollte Sie nicht damit beunruhigen, aber nun muß ich es Ihnen doch sagen.“

Salome stellte sich erregt und sofort bereit, ebenfalls zu suchen. Dabei spürte sie keine Augen auf sich, die den Blick heimlicher, wohlwender Wärme hatten. Einmal meinte sie auch etwas anderes darin zu gemahnen, so etwas anderes darin zu gemahnen, so etwas wie einen leisen Verdacht und daneben doch eine gütige, abtrottende Sicherheit, daß der Verdacht ja nicht möglich sei.

Sie rechneten gemeinsam eine Weile. Brändli sprach mitunter in kurzen, knappen Sätzen: „Die Polizei ist benachrichtigt. — Jegendwie muß es sich doch erklären. — Ich selbst bin der Verantwortliche. Sie müssen mich verhaften. Sie werden es auch tun.“

Plötzlich leuchtete sein Gesicht auf: „Ich bin froh, Fräulein Sali, daß ich da bin!“, sagte er jetzt. „Ich kann Ihnen vielleicht Unannehmlichkeiten ersparen.“

Immer mit derselben Güte sprach er, und doch stand hinter seinen Worten ein Zweifel: Oder wäre es möglich? Er schlug ihn immer wieder nieder, und immer von neuem erhob er sich.

Nach Stunden begab er sich auf die Direktion. Statt seiner kam der Direktor. Er sprach mit Salome von dem Vorfall, klug zurückhaltend, aber freundlich. Sie merkte, wie ihre einfache Lebensweise, vor allem das Ansehen der schlachten Eltern und ihre eigene Unbeholfenheit sie gegen Mißtrauen schützten. Dagegen wollte der Direktor wissen, ob sie glaube, daß Brändli die Mittel befehlen, ein Grundstück, das er jüngst erworben, war zu bezaubern.

Sie bejahte, was man sie fragte, kurz, knapp und geschäftsmäßig. Sie hatte sich jetzt mehr in der Gewalt. Die Worte aber riß sie sich aus einem verklärten und verworrenen Innern.

Der Direktor entfernte sich, und nach einer Pause kam Brändli. Wenige Augenblicke später tönten im Flur Schritte und Murren. Dann klopfte es hart an die Tür. Zwei Polizisten in Zivil traten ein.

„Es tut uns leid, Herr Verwalter!“, sagte der eine zu Brändli. Im Flur war der Direktor vorübergegangen, als wollte er nicht sehen, was vorging.

Brändli war schon bereit, noch ehe der Beamte ausgesprochen hatte.

Salome stand an ihrem Platz und sah nicht auf, rührte sich nicht.

Brändli zögerte einen Augenblick und sah sie an. „Es muß sich erweisen, daß ich von nichts weiß!“, sagte er ruhig und halb zu sich selber, halb zu Salome.

Dann schied er sich an, gebückt, als ob er grübelte, den Polizisten zu folgen.

Da fuhr die kleine, verkümmerte Salome Zeller von ihrem Bult auf.

„Lassen Sie ihn!“, sagte sie hastig, „ich —“ Ihre Stimme versagte, aber sie trat gegen die Tür hin und machte seltsame, abwehrende Bewegungen.

Die drei Männer standen und staunten. Dann brachte sie es heraus: „Ich habe es getan.“

Sie sah aus wie aller Kraft bar, aber noch war ein Trost an ihr, als ob sie fragen wollte: Fragt mich nicht. Ich werde kein Wort sagen. Ihr Kopf hing vornüber. Brändli sah zum erstenmal, wie grau sie war.

„Fräulein Sali!“, sagte er und dann zu den Polizisten: „Es kann nicht sein, daß sie es in böser Absicht genommen — ich meine — sie kann es nicht gewagt!“

In seinem Bemühen, sie zu entschuldigen, fand er die rechten Worte nicht.

Salome stand auf der Schwelle. Sie hörte und sah nicht. Einer der Polizisten sagte, daß sie so barock nicht gehen könne. Brändli holte ihr Hut und Jacke, und sie reichten sie ihr. Den Hut steckte sie auf, die Jacke hing sie über den Arm. Aber sie sprach nicht und tat alles wie im Schlafwandeln.

(Fortsetzung folgt.)

Gut, reell u. billig!
 laufen Sie
Stoffe
 für Herren- u. Knaben-
 anzüge, Kostüme, Mäntel,
 Schlüpfer, Ballets u. Joppen
 in den modernsten Farben wie
 Mustern u. einfachsten
 Druckstein bis zum
 edelsten Kammgarn
 dem fallenden Dollar entsprechend
**zu bedeutend
 herabgesetzten Preisen**
N. Honig's Tuchlager
Fleischhauerstr. 71, ptr.
 Billigste Bezugsquelle für
 Wiederverkäufer. 6800

Sie finden
 bei (6867)
Walter Griephan & Co.
 Huxstr. 74
enorm billig:
 Bettbezugstoffe, Inletts, Hemdenstüche,
 Schürzenstoffe, Kleiderstoffe,
 Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Hierdurch bringen wir zur Kenntnis, daß wir mit
 Wirkung vom 24. September d. J. eine Erhöhung der
Gebühren auf Vorkasse jeder Art
 eintreten lassen. Die neuen Gebührensätze werden durch
 Aushang in den Kassenträumen bekanntgegeben.
 Wir behalten uns für die Folge vor, die Gebühren
 auf Vorkasse, soweit dies nach Lage der Verhältnisse
 erforderlich wird, jederzeit zu ändern, und zwar ohne
 weitere sonstige vorherige Anzeige lediglich durch An-
 schlag in unseren Kassenträumen.
 Lübeck, im September 1923. 6772

Bank für Handel und Gewerbe A.-G.
Commerz-Bank in Lübeck
Commerz- und Privat-Bank A.-G. Filiale Lübeck
Darlehenskassenverein Lübeck, Komm.-Bez. n.
Alt., Filiale Lübeck
Direktion der Diskonto-Gesellschaft Filiale Lübeck
Dresdner Bank Filiale Lübeck
Alfons Frank & Co.
Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
Lübecker Privatbank
Spar- und Anleihe-Bank in Lübeck
Versicherung- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck
Louis Wolff Kommandit-Gesellschaft.

Schmelzbesitzer!
 Wir kaufen täglich auch von Privaten
Gold - Silber - Platin - Perlen
 in Stück und Schmelz.
Beilagen - Schmuckstücken.
 Spezialität: Große Objekte :: Ganze Nachlässe. (6789)
Alfr. Frick, Juwelier, Huxstr. 63.
 Reparaturen erledigt.

Ausschneiden!
Paul Fiedler,
Psychologe und Naturheilkundiger
Lübeck Braunstr. 22 Tel. 3451
Sprechstunden: Montags, Dienstags, Freitags u. Sonnabends.
Behandlung aller Krankheiten.

Hiermit bestätige ich Ihnen gern, daß ich durch Ihre Be-
 handlung von meinem Gallensteinleiden geheilt worden bin.
 Dankeschönswort
 Karl Pries, Falkenwiese 15.
 6808

Unsere Preise
 sind in allen Abteilungen
**ganz bedeutend
 herabgesetzt!**

Wir bieten hiermit eine
**selten günstige
 Kaufgelegenheit**

Holstenhaus
 Lübeck G.m.b.H.

**Verkauf von Gold-,
 Silber-, Platin-,
 Uhrmacher Hübner,
 Finkenhausen 13.**


Korbmöbel,
 besond. preisw. Angebot
**Walmstiel,
 Stühle, Stöcke,
 Babykörbe**
 zu Fabrikpreisen.
 Nur (6773)
Krähenstraße 7
 (Hof.) Tel. 8364.

Alle
Arbeiter
 kaufen gern und gut
 ihre Arbeitskleidung
 bei (6868)
Otto Albers
 Markt 4 Kohlstr. 10

**Verkauf v. Gold- und
 Silber-Bruch,
 Gebilde, einz. Zähne.**
Willi Westfahl
 321 Holstenstr. 321

**Maulwurfs-
 Felle**
 auch unabhgezogen,
 frisch, sowie alle
 anderen Sorten
Felle
 kauft zu den besten
 Tagespreisen
J.L. Würzburg
 Walmstr. 22a

**Patent-Matrasen,
 Auflege-Matrasen**
 jed. Maß in Holz, Metall,
 Gehr. Heftl. Lübeck,
 Alsterstr. 111/112 (6494)

Beitragsmarken
 für Vereine, Gewerkschaften
 fertigt an u. liefert prompt, preiswert
 und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Visitenkarten
 werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Zentral-Theater
 Fernruf 1359 - Johannisstraße 25

Bis einschl. Montag:
Die verlorene Stadt.
Der schwarze Buma
 6 Akte.
**Von der Großstadt
 verschlungen.**
Italienisches Sittendrama
 in 5 Akten. 6720
Der mißglückte Selbstmord
 Gezeichnete Trickfilm.
Spielzeit von 4-11 Uhr.
Orchesterbegleitung.

Lindenhof-Israelsdorf
 Jed. Sonntag: **Tanz.** Anfang 4 Uhr.
 6755

Konzerthaus Flora.
 Am Sonntag, dem 23. September
Stiftungsfest
 des Freien Männer-Sängervereins St. Lorenz.
 Anfang 6 Uhr. (6768)

Konditorei
 Königstraße 25.
 Täglich:
Künstler-Konzert.
 Leitung: Kapellmeister Sick.

Kaffeehaus
 Telefon 8860.
 Von 10 Uhr ab:
Frisches Gebäck.
 Diverse Eisspeisen.

STARKE

Die in der Nummer 221 vom
 21. September besprochene Angelegen-
 heit unter dem Titel „Uebereifrige
 Beamte“ bezieht sich auf das Zentral-
 Theater. Damit keine Irrtümer auf-
 kommen, fühlen wir uns verpflichtet
 bekannt zu geben, daß im ersteren
 Falle Herr Obermachtmeister Kranz
 und im zweiten Fall Herr Ober-
 machtmeister Bauer in Frage kommen.

Zentral-Theater,
 (6805) Johannisstraße 25.

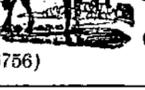
Moislinger Baum.
 Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr
Vornehmes Tanzkränzchen
 verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen
 unter Mitwirkung Hamburger und Lübecker
 Gesangs- und Vortrags-Künstler, sowie
 Direktor Ernst Albert mit seinen neuesten
 Schlegeln. Moderne Tänze. Künstlerkapelle.
 Leitung: Herr Karl Stuhl. Prima Kaffee
 und Kuchen. Für Familien freier Eintritt.
Rudolf Jäde.
 Sonnabend, den 22. September: **Großer
 bunter Abend** unter Mitwirkung erster
 Künstler. (6804)

**Arbeiter-Turn- und
 Sport-Verein Lübeck**
 Einladung zum (6789)
30jährig. Stiftungsfest
 verbunden mit **BALL**
am Sonntag, dem 23. September
im Gewerkschaftshaus.
 Anfang 6 Uhr. Ende 1 Uhr. Das Komitee.

Weißer Engel.
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
 Tanz und Eintritt frei. (6758)

**Fußball-
 wettbewerb**
Sonntag, den 23. September
Falkenwiese
F.S.V.I. - A.T.V.I.
 4 Uhr. 6767

D. V. B.
 Vorstandssitzung am
 Montag, d. 24. Sept.,
 abends 7 Uhr
 im Bureau. (6794)


 Friedr.-Franz-
 Halle.
 Jeden
 Sonntag
Tanz.
 Eintritt
 frei.
 6756)

Café Bernhardt
 Fackenburg Allee 9.
 Täglich nachm. Konzert.
 6757) u. abds.: Konzert.

Quartett „Italia“
 von 1903.
Herbst-Ball
 am Sonntag, dem 23.
 September, im
Kolosseum
 Anfang 6 Uhr.
 Der (6766)
 Vergnügungsausschuß

Stadttheater Lübeck.
 Sonntag, 2.15 Uhr Frem-
 den- u. Nachm. Botin.
Cavalleria rusticana,
Der Bajazzo. (6788)
 8 Uhr: Gastspiel von
 Wilh. Buers v. Stadt-
 theater Hamburg als
 Wotan und Kammer-
 sänger W. Paul als
 Alberich in Rheingold.
 Montag, 7.30 Uhr: Volk-
 bühne Stabele u. Liebe
 Dienstag, 7.30 Uhr: Gast-
 spiel v. Kammerjäger
 W. Paul vom Opern-
 haus Hannover als
 Alberich in Rheingold.
 Einlösung der 2. Rate
 der Theaterab. f. Frei-
 tag-Ab. 24. u. 25. Sept.
 an der Theaterkasse.

Freistaat Lübeck.

Donnerabend, 22. September.

Die Armen.

Sie sind so, diese armen Herzen, ganz ausgehöhlt von stummen Schmerzen, blaß und wie Leiche voll Geweins: rings Leichensteine.

Sie sind so, diese armen Mäden, verkümmert vom Tragen und vom Büden, krummer als auf den Dünenshütten die Dachhäkchen.

Sie sind so, diese armen Hände, jätzig wie Gräser im Gelände, wie dürre Geißer, die jähren vor nahen Gewittern.

Sie sind so, diese armen Augen, die nur zu Dienst und Demut tauen, trauervoller als die von Tieren, wenn sie noch Freiheit stieren.

So sind sie, diese armen Leute; dem Glend fallen sie zur Beute mit Lammgeduldiger Gebärde, rings auf der freien Flur der Erde.

Richard Dehmel.

Ein Milliardenbescheid.

Von einer wohlgeleiteten Firma wurde uns ein Scheck über eine Milliarde überreicht. Dieses dankenswerte Geschenk soll arbeitslosen Parteigenossen, langjährigen Abonnenten des „Lübecker Volksboten“, für einige Zeit den Weiterbezug des Blattes ermöglichen helfen. Wir quittieren gerne diese Gabe.

Mosaik.

Mezeit war und auch heute noch ist die Zeitung ein treues Spiegelbild der Zeitverhältnisse. Was immer der Zeit ihr Gepräge gab oder gibt: Wohlstand, Armut, Unruhe, Eintracht, Krieg, Frieden — die Zeitung spiegelt es getreulich wider. In der hektischen Zeit mit ihren so häufig grundtätig ändernden Verhältnissen mehr denn je. Wenn du, lieber Freund, regelmäßig und aufmerksamer Leser dieses Blattes bist — ich hoffe es, denn die angeleglich so teure Zeitung ist nicht mehr im Preise gestiegen als alles andere auch — dann bestätige deine eigene Erfahrung das Gesagte. Liesst du aber nicht regelmäßig eine Zeitung, dann wird dir nur ein so dankbarer sein, wenn ich dir in den folgenden Zeilen eine kleine Auswahl von zeitgeschichtlichen Denkmärdigkeiten gebe, und du wirst zum Schluß das Wort Hoffmann von Fallersleben unterschreiben: „Wie ist die Zeitung interessant!“

Leuch.

Im Zeichen des Zusammenbruchs unserer Währung und der Wertlosigkeit der Mark ist es dahingekommen, daß Ware fast nur gegen Ware abgegeben wird. Wohl dem also, der über Ware verfügt, und wehe uns, die nur ihre Arbeitskraft anbieten können (genommen er wird sie ebensowenig wie die Mark)! Wer „Ware“ hat, inseriert diese wie folgt:

T a u s h !

Gebe Fettschwein (280 bis 300 Pfd.), lieferbar Anfang Dezember 23. gegen gut erhaltenes Klavier oder lederne Klubgarntur. Angeb. unter an die Exp. d. Bl.

Siehst du im Geiste den glücklichen Besitzer eines Rudels fetter Schweine? Er will gar nicht alles allein verzehren, sondern gibt gern ab an dich, denn er weiß, daß Fleisch und Fett zur menschlichen Nahrung gehören — du mußt ihm nur ein Klavier oder eine lederne Klubgarntur dafür geben. Hast du beides nicht, so nennst du sicher Korn und Kartoffeln dein eigen. In diesem Falle verweise ich dich auf folgende Anzeige:

Fett. Schweinefl., Speck, Schmalz, Talg a. Korn u. Kartoffl. abg. Erb. Ang. Rurkflax, b. Lübeck.

Auf diese Weise ist es dir möglich, alles, was das Herz begehrt, zu erwerben — wie dumm, daß du nichts zu verkaufen hast, sondern deine Fähigkeiten notwendig behalten mußt.

Geldhandel.

Seit langer Zeit liest du von der „Flucht aus der Mark“. Das Neueste auf diesem Gebiete ist anscheinend die Flucht in den Taler, nämlich in den Verfassungstaler. Nachdem der Handel mit dem grauen 1000-Mark-Schein, der auch hier in Zeitungsanzeigen betrieben wurde, anscheinend abgeflaut ist (im „Volksboten“ wurde auf diesen Skandal aufmerksam gemacht), werden nunmehr Verfassungstaler gekauft und angeboten, und zwar handelt es sich anscheinend um eine „Export-Industrie“. In einer Nummer einer hiesigen Zeitung fanden diese Anzeigen:

50 Verfassungstal. z. vl. Ang. a. Exp. 1000 Verfassungstal. z. vl. Ang. a. Exp. 200—300 Verfass.-Taler zu verkaufen. Ang. a. d. Exp.

Es wäre für die in Frage kommenden Stellen eine lohnende Aufgabe, festzustellen, wie diese ehrenwerten Herrschaften zu derartigen Mengen von Verfassungstalern kommen. Da diese Münzen im täglichen Verkehr fast gar nicht als Zahlungsmittel im Gebrauch waren, ist es mehr als wahrscheinlich, daß sie gleich von vornherein von Angestellten öffentlicher Kassen zurückgehalten wurden. Vielleicht gar von Leuten, denen die Republik und ihre Verfassung ein Dorn im Auge ist, die aber von ihren Talern gar nicht finden, daß „sie stinken“.

Sinatgeworfen.

Tue einmal mit mir zusammen, lieber Freund, nun auch einen Blick in den textlichen Teil eines Blattes. Auch dort „Kleinigkeiten“, die uns interessieren. Schaue einmal in unser Nachbarland den Mecklenburg-Strahl, wo jahrelang unser Parteifreund Dr. von Reibnitz als Minister den geschäftigsten und schäblichsten Angriffen ausgesetzt war. Diese, ausgehend von den Vertretern der Deutschen Volkspartei in Neustrelitz unter gütiger Mitwirkung von Dr. Piper (Hamburg), bemirkten denn auch im

August d. J. einen Regierungswechsel als Folge anderer Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtage.

Freudestrahlend schlossen die beiden Abgeordneten der „Reichreichen“ Volkspartei (Partei der Mitte!) eine Arbeitsgemeinschaft mit der — Deutschvölkischen Freiheitspartei. Der Wahn war kurz. Eine Zeitung aus der Nachbarschaft berichtet von folgendem Schreiben:

„An die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, z. Hd. des Herrn Medizinalrat Dr. Wilba, Neustrelitz. Sehr geehrter Herr Medizinalrat! Hierdurch beehren wir uns ergebenst mitzuteilen, daß wir mit sofortiger Wirkung unsere Abmachungen vom Tage der Eröffnung des Landtages zwischen den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und den Abgeordneten der Freiheitspartei als gelöst betrachten. Die mehr denn eigenartige Regierungsbildung im Reich seitens Ihres Herrn Parteivorstandes mit der staatsverderbenden Sozialdemokratie zwingt uns zu diesem Schritt, wenn auch das beiderseitige Abkommen besagte: „Beide Parteien haben sich somit in keiner Weise gebunden und gehen von ihren politischen Zielen nichts auf.“ ... Mit vorzüglicher Hochachtung für die Abgeordneten der Deutschvölkischen Freiheitspartei (gez.) Dr. Lüder, M. d. L.“

Ja, ja, es ist ein eigen Ding mit den „Gemeinschaften“.

Gründer und Aufsichtsräte.

Läßt uns nun sehen, ob wir nicht noch auf anderem Gebiete eine „Kleinigkeit“ entdecken. Siehe da! Eine kurze Nachricht über die General-Versammlung einer Aktiengesellschaft. Der größte Teil der Beschlüsse ist sein Leben im Zeichen der Margarine, deren Preis ist für viele der Wertmesser ihres Einkommens geworden. In der fraglichen Notiz heißt es u. a.:

„Der Direktor der Gesellschaft berichtete über den Gang der Fabrik und teilte mit, daß diese vollauf beschäftigt sei. Durch die Knappheit und die enorm hohen Tagespreise der Meiereibutter sei in Margarine eine stürmische Nachfrage eingetreten. Sogar komme, daß sich das Ergebnis der Fabrik, welches unter der Marke ... auf den Markt gebracht wird, in der Bevölkerung auf eingeführt habe. Die Ausichten der Fabrik seien deshalb als sehr gut zu bezeichnen.“

Das ist nichts Besonderes, meinst du? Im vorliegenden Falle interessiert es uns doch ein bißchen, wenn wir uns erinnern, daß die Aktiengesellschaft erst vor kurzem gegründet wurde, was eine Eintragung in das Lübecker Handelsregister wie folgt meldete:

Die Gründer, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: 1. 2. Rechtsanwälte Dr. jur. Kurt Mund und Dr. jur. Ernst Wittern, 3. 4. Den ersten Aufsichtsrat bilden: Rechtsanwalt Mund,

„Ich kaufe Margarine, lieber Freund, zu dem, die Ausichten der Fabrik“ weiterhin „als sehr gut zu bezeichnen“ sind und Diabenden und Lantimen fliegen.

Der Rufm des Lübecker Hauptlings der Deutschvölkischen ließ andere nicht ruhig schlafen, und so haben sich der Kommandeur des Bürgerbundes und sein Adjutant ebenfalls nach einem ähnlichen Felde für ihre Tätigkeit um. Sie fanden es anscheinend auf einem Gebiete, das Herr Dr. Wittern als echter Germane aus tiefer Seele haßt. Durch eine Handelsregister-Eintragung erfahren wir folgendes:

..... Deta. Handels- und Industrie-Aktien-Gesellschaft, Lübeck. ... Vorstand: Salomon Rosovsky, Richard Weingarten, Lübeck. ... Die Gründer sind: ... Jsaak Sastentler, Riga. Den ersten Aufsichtsrat bilden: Rechtsanwalt und Notar Dr. Paul Geißler, Chefredakteur Oskar Mantau, Frau Sophie Rosovsky, geb. Friedländer, Lübeck.

Mit dieser kleinen Auslese soll es genug sein. Die Kleinigkeiten, die hier und da aufgeflogen wurden und sich zu einem Mosaik formten, dürften dir gezeigt haben, daß es stimmt: „Wie ist die Zeitung interessant!“

Eine Sitzung der Wucherkommission

taute am Freitag unter Vorsitz des Genossen Emil Knapp im Dienstgebäude des Polizeiamtes. Sie hatte hierzu die Vertreter der Gärtner Lübecks eingeladen, um die Frage der Gemülepresse die in letzter Zeit wieder vielfach berechtigten Unwillen erregten, zu besprechen. Der Verhandlungsleiter gab hierbei gleichzeitig einen Gesamtblick über die Tätigkeit der Wucherkommission, die im allgemeinen keinen Anlaß zu größerem Einschreiten gehabt habe. Da die rapide Geldentwertung die Befürchtung des Uebervorteilens in sich schließt, sei unter Leitung des Herrn Polizeimajors a. D. Grünweller eine besondere Abteilung mit drei Beamten eingerichtet worden, um hauptsächlich auch die Vorschriften über den Preisausgang zu überwachen. Die polizeiliche Verordnung, daß für alle Waren des täglichen Bedarfs sowohl im Schaufenster, wie im Laden deutlich sichtbare Preise ausgehängt sein müßten, sei nicht eingehalten worden. Der Vorsitzende teilte auch ein Schreiben des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes mit, das zur schärfsten Kontrolle und Innehaltung der polizeilichen Vorschriften auffordert. — Es dürfte bei allem aber nicht vergessen werden, daß es auch nicht in der Macht der Wucherkommission liege, die schwierige Wirtschaftslage und die mit ihr verbundene Preisgestaltung zu beseitigen. Zu verurteilen sei auf jeden Fall die Geschäftsmaxime, die Waren auf Grund der Goldmarkpreise plus Multiplikator willkürlich festzusetzen, wie es hauptsächlich bei Stoffen, Kohle, Eisen und landwirtschaftlichen Produkten der Fall sei. Dadurch sei man weit über die Weltmarktpreise gekommen, während die Löhne auf Papiermarkt lauten. Der Sprecher ging dann weiter auf die traurige wirtschaftliche Lage Lübecks ein, die viele Entlassungen und weitgehende Kurzarbeit zur Folge habe. Mit der Not der Erwerbslosen und Schaffung von Arbeitsgelegenheit würden sich am Dienstag die Gewerkschaften eingehend befassen.

Genosse Knapp streifte dann die Art der Festsetzung der Gemüsepresse und gestellte scharf das Vorgehen auf dem Großmarkt, wo einem Händler, der Ware zu etwa einer Million per Pfund verkaufen wollte, ein Preis von 2,2 Millionen diktiert worden sei. Vor den Gärtnern müßten Preise verlangt werden, die der Kaufkraft der Bevölkerung entsprechen. Beim Sinken des Dollartandes merke man aber gar nichts an den Gemüsepreisen. Notwendig sei, daß die Gärtner die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen und eine Aktion zugunsten der Erwerbslosen einleiten, damit diesen etwas mehr geholfen werde.

An die Ausführungen schloß sich eine lange Aussprache, in der u. a. Herr Albers die rigoreose Festsetzung der Preise durch Industrie- und Großhandel beurteilte. Durch diese Praktiken, die den Wert der Ware in Devisen nach dem Tageskurs des Goldeneinganges heizten, werde der ehrliche Kaufmann zur Verzweiflung getrieben. Beim Kursrückgang merke man nichts von einem Preisnachlaß. Auf dem Großmarkt trete sich niemand an die Richtpreise. Draufschüssige Beispiele gab der Redner an den verschiedenen Kartoffelpreisen. — Die Gärtner betonten ihre Bereitwilligkeit zum Mitarbeiten. Aber mit den Gemüsepreisen könnten sie nicht heruntergehen. Sie müßten im Sommer soviel verdienen, daß sie auch im Winter davon leben könnten. Die Saat sei teuer, wie alles, was sie kaufen müßten. Die Landabgabe treffe sie viel schwerer als die Landwirtschaft und die Pacht

nach Roggenwährung bringe manden von ihnen an den Rand des Ruins. Ein allgemeiner Preisrückschlag würde auch den Zahlungsfähigen zugute kommen. Lübeck sei abhängig von den Hamburger Händlern. Sei man in Lübeck billig, würden diese den Hauptteil zumungunsten der Lübecker Bevölkerung aufkaufen. Im übrigen seien viele Gärtner rückständig und verkaufen zu billig, wenn auch nicht zu verkennen sei, daß man jetzt an gemessene Preise erziele. Für eine Sonderaktion zugunsten der Erwerbslosen seien die Gärtner bereit, doch müsse man ihnen Zeit lassen, bis das Wintergemüse geerntet sei. Mit diesem sei den Erwerbslosen dann besser geholfen.

Genosse Knapp betonte zum Schluß noch einmal, daß auch die Gärtner dem Grate der Zeit Rechnung tragen müßten. Diese dürften nicht vergessen, daß sie sich trotz allgemeiner Unbill bedeutend besser ständen als jeder Arbeiter und insbesondere die Erwerbslosen, die mit ihrer fargen Unterstützung nicht ein noch aus wüßten. Pflicht der Gemülegärtner sei es, die Preise erschwinglich zu gestalten. Wenn die Aussprache dieses Ergebnis zeitige und den Erwerbslosen in Bälde eine respektable Hilfe zuteil werde, dann sei ein Weg zu weiterer Zusammenarbeiten gefunden. Ueber die Klagen wegen zu starker Befragung brauche man sich hier nicht aufzuhalten, das sei dasselbe Lied, wie es die Landwirtschaft sänge. Doper müsse heute jeder bringen, um Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Die Arbeiterschaft habe die schwersten gebracht.

Postalisches. Der Freimarktmangel ist behoben. Briefmarkten sind in allen Sorten bei den Postältern in Lübeck wieder vorrätig. Die Barfreimachung der Briefsendungen wird eingestellt.

In die Heimat zurück! Am Freitag nachmittag 1,26 Uhr sind etwa 240 Ruhrkinder, die seit dem 9. Mai in Lübeck und im lübbischen Staatsgebiet untergebracht waren, wieder in ihre Heimat abgefahren. Die Kleinen hatten sich hier recht gut eingewöhnt, viele sind schwerer Herzens fortgezogen. Es gab manche rührende Abschiedsszene zwischen Kindern und Pflegerinnen. Die kleinen Ruhrkinder hatten sich größtenteils gut erholt.

Neue Reichsbanknoten. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und 86 x 155 Millimeter groß. Die Rückseite der Note ist unbedruckt. — Reichsbanknoten über eine Milliarde werden von der Reichsbank mit dem Ausgabedatum vom 15. Dezember 1922 in den Verkehr gegeben werden, die ursprünglich auf 1000 Mark lauteten. Diese Noten, die auf gutem mit Säuren und Stoffaufgabe versehenen Wasserzeichenpapier gedruckt sind, und die auf der Vorderseite das Kopfbild des Nürnberger Münzmeisters Jörg Herz von Georg Feuz tragen, sind auf der Vorder- und Rückseite mit einem von links unten nach rechts oben gehenden Ueberdruck in roten Buchstaben versehen, welcher lautet: „Eine Milliarde Mark“. Da diese Noten bisher noch niemals in den Verkehr gelangt sind, so ist die Fälschungsgefahr außerordentlich gering. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß außer dieser Note sich keine Reichsbanknote im Umlauf befindet, die infolge Ueberstempelung einen höheren Wert als den ursprünglichen Ausgabewert hat.

Rentenzahlung bei der Post. Die Unfallrenten-Entwängler, die Renten mit Zulage erhalten, werden aufgefordert, ihre Renten für die 2. Hälfte des Monats September bei dem Postamt abzuheben.

Erkrankung an Wierdefleisch? Eine in Karlsdorf wohnende, 46jährige Familie ist nach dem Genuß von Hackfleisch, das von einem hiesigen Wierdefleischler bezogen war, erkrankt. Ein Kind davon liegt besonders schwer im Krankenhaus darnieder. Ob die Erkrankungen wirklich auf dem Fleischgenuß zurückzuführen sind, steht noch nicht fest. Fleischproben sind zur Untersuchung nach Berlin gesandt worden.

Wochenplan des Stadttheaters. Sonntag: 1. Fremden- und Nachmittagsvorstellung: „Cavalleria rusticana“, hierauf „Der Bajazzo“. Abendvorstellung: Gassspiel von Wlth. Buess vom Stadttheater Hamburg und Kammerjänger Wlly Paul vom Opernhaus Hannover: „Rheingold“. Montag: Vorstellung für die Volkshöhne: „Kabale und Liebe“. Dienstag: Gasspiel von Kammerjänger W. Paul: „Rheingold“. Mittwoch: 7. Vorst. im Mittwochs-Ab.: „Dykerpatts Erben“. Donnerstag: 7. Vorst. im Donnerstag-Ab.: „Die Jüdin von Toledo“. Freitag: 7. Vorst. im Freitag-Ab.: „Zar und Zimmermann“. Nachvorstellung: Einmaliges Tanzgasspiel von Waleka Gert. Sonnabend: „Der Rosenkavalier“. Sonntag 11 Uhr: Deffentliche Hauptprobe zum 1. Sinfoniekonzert. 3 Uhr: Vorstellung für die Volkshöhne: „Die Weber“. 7.30 Uhr: „Wiener Blut“.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein in der Hüßstraße wohnhafter Arbeiter, der seinem Arbeitgeber eine Anzahl Beien und Würfeln gestohlen hatte. Das Diebesgut konnte zurückgegeben werden. — Festgenommen wurde ein Bäcker aus Mainz, ein Arbeiter aus Wittmann und ein Kaufmann aus Gr.-Strelitz, die sechs verschiedene Einbrüche ausgeführt hatten, bei denen ihnen Hühner und Kaninchen in die Hände gefallen sind. — Einem Kaufher, der 23 Kisten Pulver vom Güterbahnhof nach der Teerhofsinsel zu transportieren hatte, ging eine der Kisten enthaltend 60 Kilo loses Pulver im Werte von 120 Millionen Mark verloren. Der Polizeibericht bringt hierzu die klaffische Bemerkung: Ueber den Verbleib der Kiste ließ sich nichts feststellen. Möglich ist, daß sie während des Transportes vom Wagen gefallen ist, ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sie gestohlen worden ist. — Gestohlen wurde ein Fahrrad in der Fleischhauerstraße und ein weiteres am Kohlmarkt. — Aus einem Hause in der Genierstraße wurden mehrere silberne Es- und Teelöffel, ein Paar braune Herrenhalbschuhe, ein Paar Kinderlackschuhe und verschiedene Gegenstände gestohlen.

Bürgerchaftsvorlagen.

Unterstützung von bei den August-Unruhen Verletzten. Der Senat hat am 18. v. M. das Wohlfahrtsamt beauftragt, Personen, die infolge der hier in der Zeit vom 9. bis 11. August 1923 eingetretenen Ereignisse verletzt worden und dadurch in eine dringende Notlage geraten sind, durch Unterstützung, nötigenfalls auch ihren Angehörigen, zu helfen, unbeschadet der Entscheidung der Frage, welche Stelle auf Grund des Reichsgesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 für die entstandenen Schäden aufzukommen hat. Nach der Schätzung des Wohlfahrtsamtes werden für diesen Zweck unter Zugrundelegung heutiger Wälua zunächst etwa 600 000 000 Mark erforderlich werden. Das Amt hat beantragt, ihm diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Nachtrag zum Gewerbesteuergefeß. Die nach dem Antrage des Senats vom 25. August vorgeschlagene Höchstzahl der nach § 7 Abs. 4 zu erhebenden Einheiten entspricht nicht mehr der inzwischen in immer steigendem Maße eingetretenen Geldentwertung. Es zeigt sich, daß der Weg, von dem Unterfchiede der

von der Finanzbehörde in ihrem Bericht vom 18. Februar 1923 gemachte Vorschlag, daß ihr die Befugnis eingeräumt werde, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses der Bürgerchaft der Geldentwertung entsprechende Zuschläge zur Steuer festzusetzen, zum Ziele geführt. Nach Lage der Sache empfiehlt es sich, den Abs. 4 des § 7 aufzuheben und dafür zu bestimmen, daß für das Rechnungsjahr 1923 5000 Einheiten zu erheben sind. Nach den von der Finanzbehörde angefertigten Berechnungen dürfte bei dieser Erhöhung der Steuerlast der heutigen außerordentlichen Geldentwertung in ausreichender Weise Rechnung getragen sein, wenn zugleich die durch die neuen Reichsteuergesetze allen Wirtschaftsbetrieben auferlegten Lasten gebührend berücksichtigt werden. Auch der letzte Absatz des § 7, wonach der Steuerbetrag auf volle 100 Mark nach oben abzurunden ist, entspricht nicht mehr den heutigen Geldverhältnissen, vielmehr wird die Abrundung auf volle 1000 Mark nach oben vorzunehmen sein. Der Senat zieht seinen Antrag vom 25. August 1923 zurück und stellt dafür einen im obigen Sinne abgeänderten Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Der Versammlung der Bürgerchaft am Montag, dem 24. September liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Aenderung der Lübeckischen Landesverfassung und Erlass eines Gesetzes über den Volksentscheid. 2. Wiederholter Antrag auf Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der „Bereinigten Republik“. 3. Aufnahme kurzfristiger Kredite. 4. Aenderung der Verordnung vom 8. März 1922 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. 5. Unterstützung für das Arbeiterinnenheim. 6. Unterstützung von bei den August-Unruhen Verletzten. 7. Bewilligung weiterer Mittel für Wohnungsbauten und Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe. 8. Erlass eines neuen Gewerbesteuergesetzes (2. Lesung). 9. Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz. 10. Nachtrag zum Gesetz über die Erhebung eines Kammerbeitrages. 11. Einführung einer Zehnjahressteuer. 12. Aufhebung des Wertzuwachssteuergesetzes und die Erhöhung des Zuschlages zur Grunderwerbsteuer. 13. Schaffung von drei Gewerbegerichten an der Gewerbeschule. 14. Erlass eines Nachtrages zur Hinterlegungsordnung vom 20. März 1899. 15. Erlass von Nachträgen zum Lübeckischen Gewerbegerichtsgesetz und zum Erlaß für das Kaufmannsgericht. 16. Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinien an den Dorfkirchen. 17. Herstellung eines Weges von der Israelsdorfer Allee nach der Siedlung Karlshof. 18. Befestigung des Weges von Tramm nach Hohenberg. 19. Nachtrag zum Abfallgesetz. 20. Nachbewilligung eines Fehlbetrages für die frühere v. Grothheim'sche Realschule. 21. Zuschuß an die Tierkörperverwertungsanstalt. 22. Erlass eines Nachtrages zu der Ordnung für die Baubehörde vom 7. November 1917 sowie eines sechsten Nachtrages zu dem Gesetz vom 29. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend. 23. Neuregelung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte sowie der Vergütung für Lehrer, Vertretungs- und Nebenstunden an den öffentlichen Schulen. 24. Verkauf einer weiteren Landfläche an der Kanalstraße an die Firma B. Glogner u. Co. 25. Verkauf eines Bauplatzes an der Dorfstraße.

Von den Warenpreisen.

Nachdem die Preise für lebenswichtige Artikel flott mit dem Dollar vergan liegen, ist heute bei etwas gelockertem Dollarkurs die und da ein kleiner Abschwung zu verzeichnen. So ist Schmalz, das seitwöchig auf 34 Millionen stand, auf 34 herabgegangen, Margarine von 28 auf 23, Reis von 9 auf 7,3, marientreies Brot von 18 auf 16 Millionen. Wie lange die absteigende Kurve anhält, ist schwer zu sagen, da der Dollar im Warenhandel sich weit von der amtlichen Notierung entfernt. Bezeichnend ist, daß die Margarinefabriken die Lieferungen fast ganz einstellen. Die Lage auf dem Getreidemarkt verbleibt sich von Tag zu Tag immer mehr. Es kommt jetzt häufig vor, daß Arbeiter trodenes Brot mit zur Arbeitsstelle nehmen und es dort in den Bauen als sogenanntes Frühstück verzehren. Mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Getreidemarktes hat das Reichsernährungsministerium der „Internationalen Erzeugnisgesellschaft“ in Berlin die Einfuhrbewilligung für den in die Margarine erteilt. Die Ware zeichnet sich durch besondere Qualität aus und ist beträchtlich billiger als die deutschen Produkte. Es könnte nichts schaden, wenn dänische

Margarine auch in anderen Städten Deutschlands eingeführt würde.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Wahl, Bürgerchaftsfraktion! Montag nachmittag, 5 1/2 Uhr, Fraktions Sitzung.
Schauspieltheater. Das Schauspiel von Fräulein Margret Wagner in der Operette „Die Schönste der Frauen“ kann eingetretener Hindernisse wegen nicht stattfinden, so daß diese Operette in der früheren Besetzung heute, Sonnabend, sowie Sonntag und Montag 7 1/2 Uhr zur Ausführung gelangt.

Angrenzende Gebiete.

Schleswig. Milde Strafe für einen Soldaten. In der. Wegen Mißhandlung von Kameraden hatte sich der in Wagersrott (Kreis Schleswig) geborene Kaufmann, frühere Offiziersstellvertreter Otto Schmidt, zuletzt in Kiel, vor der Strafkammer in Flensburg zu verantworten. Schmidt war als Gefangener in einem englischen Gefangenenlager in Frankreich und hatte von dem englischen Kommandanten von Auftrag, die Aufsicht über das Lager zu übernehmen. In dieser Stellung machte sich Schmidt der unglaublichsten Mißhandlungen schuldig und tat alles Mögliche, um seinen Kameraden das Leben zur Hölle zu machen. Die Mißhandlungen der Kameraden zeugten, wie der Staatsanwalt ausführte, von einer geradezu tierischen Rohheit. Der Staatsanwalt beantragte daher eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Schleswig. Kartoffelausfuhrverbot in Schleswig-Holstein. Vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ist mit Rücksicht auf den ungünstigen Ausfall der Kartoffelernte in der Provinz und die in den Städten vorhandene Kartoffelnot bis auf weiteres die Ausfuhr von Kartoffeln aus der Provinz Schleswig-Holstein verboten worden. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot sind unter Strafe gestellt.

Kiel. Strafe für Zurückhaltung von Lebensmitteln. Das Wuchergericht verhandelte gegen den Meiereibesitzer Wulf in Kiel, der zwei Töchter acht Tage lang in seinem Keller stehen ließ, um die höheren Notierungen der nächsten Woche zu bekommen. Die Kieler Wucherpolizei beschlagnahmte die beiden Töchter. Wulf war gefänglich. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust, 20 Millionen Mark Geldstrafe sowie Befanntgabe des Urteils in den drei Kieler Zeitungen und außerdem den Anschlag des Urteils im eigenen Geschäftslokal. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis, 20 Millionen Mark Geldstrafe, Einziehung des Erlöses von 650 Millionen, sowie die Befanntgabe des Urteils dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Hamburg. Aktiver Kampf gegen die Vereindung der Arbeiterschaft. Die Hamburger freien Gewerkschaften haben an den Senat eine Reihe Forderungen gestellt, um der wachsenden Not Einhalt zu gebieten. Sie fordern u. a. Schaffung einer Arbeitsbehörde, Anstellung eines aus der Arbeitnehmerschaft hervorgegangenen Sozialrats bei der Hamburger Geländehaft in Berlin. Restlose Erfüllung der von den Gewerkschaften am 25. August aufgestellten Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Unternehmerrückbildung im Sinne der Beschlüsse des Arbeitsamtes vom 7. September 1923. Neuebesetzung der Preisprüfstellen. Paritätische Zusammenfassung der Butter- und Milchnotierungskommission. Sicherstellung der Kohlen- und Kartoffelversorgung unter Ausschaltung des verwerfenden Zwischenhandels. Erteilung ausreichender Befugnisse durch den Senat an die Hamburger Wirtschaftskammern, bezüglich Regelung der Entlohnung der Lehrlinge und Jugendlichen. Ferner ist vom Senat verlangt worden, bei der Reichsregierung auf a) eine sofortige, der Geldentwertung entsprechende Erhöhung aller Unterstützungssätze für Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger und Sozialrentner; b) auf einen sofortigen Abbruch des Rubensbancars; c) eine gründliche Erfassung der Sachwerte, einschließlich der sich in Privat Händen befindlichen Gold- und Sil-

berträge; d) sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung der Bevölkerungsschädigung durch die Kartelle und Trusts; e) gesetzliche Maßnahmen, die Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck ermöglichen; f) gesetzliche Festlegung des achtstündigen Normalarbeitstages. — In die im hiesigen Wirtschaftsbereich liegenden Spigen der Arbeitgeberverbände ist die befristete Forderung gestellt, mit den unterzeichneten Spitzenorganisationen bezüglich Festlegung eines den Verhältnissen entsprechenden wertbeständigen Lohnes sofortige Vereinbarungen zu treffen. Zur Bekämpfung dieser Forderung wurde als erste Maßnahme heute Sonnabend von 11—12 Uhr Arbeitsruhe in allen Betrieben angeordnet. Nur die notwendigsten Arbeiten würden verrichtet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

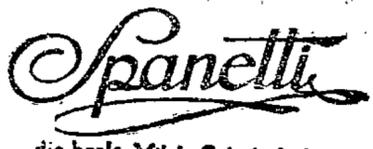
Frage und Anregung an die hiesigen Banken.

Der erste Tag, an welchem auf Beschluß der Banken der Verkehr mit dem Publikum an den Schaltern geruht hat, läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob mit dieser Maßnahme das erreicht wurde, was bezweckt war und erreicht werden sollte? Hauptanlaß zu der Maßnahme gab nach Ansicht des Einsenders die Ueberbürdung der Banken infolge der Inflation der Mark. Für die Abwicklung der Geschäfte und für die Erledigung der schriftlichen Arbeiten stehen bekanntlich den Banken (einschließlich der Reichsbank) nicht genügend banktechnisch vorgebildete Kräfte zur Verfügung; vielfach vielleicht infolge nicht genügender Bezahlung. Die Angestellten halten in vielen Fällen den intensiven Arbeiter mehr auf, als sie in der Lage sind, das Tagespensum zu erledigen, die unbedingte auf dem Laufenden zu erhaltenen Arbeiten des Tages reißlos zu bewältigen. Muß die Geschäftswelt sich mit der Schließung der Kassen, usw. Schalter an zwei Tagen der Woche schon abfinden, wodurch die Dispositionen für die Geschäftswelt ungenügend erschwert werden, zumal die Kassenstunden der übrigen vier Tage auch verkürzt sind, so dürfte eine Erleichterung zu erzielen sein, wenn wenigstens der schriftliche Verkehr an zwei Tagen der Woche nicht ganz aufgehoben wird. Es kommt hinzu, daß nach dem geschlossenen Sonnabend auch noch der gänzlich geschäftsverlesene Sonntag folgt. Da die meisten unserer Banken infolge Neu- oder Umbauten ziemlich neuzeitlich und auf den Abholerverkehr eingerichtet sind (eine Bank verfügt sogar über Postfachschließrichtungen), geht die Anregung des Einsenders dahin, an den beiden verkehrslosen Wochentagen wenigstens die Postfachschlüssel und den Briefschlüsselhalter geöffnet zu halten. Die Dispositionen für den folgenden Vormittag zu 9 Uhr treffen zu können, bedingt dies.

R. C., Profurist.

Sport.

Ballspiel „Vorwärts“ erste Elf wird sich morgen nachmittag 2.15 Uhr auf dem Kasernenhof (Zadenburger Allee) mit A. T. B. Rüdnick I messen müssen. Da die Rüdnick nicht zu unterschätzen sind, muß „Vorwärts“ auf der Höhe sein, wenn er etwas erreichen will. Also wird es einen spannenden Kampf geben. Vorher um 1.30 Uhr muß sich Vorwärts II mit Rüdnick II und morgens 9.30 Uhr Vorwärts III mit Rüdnick III messen. (6787) J. S.



die beste Milch-Schokolade

Amstlicher Teil

Versammlung des Kirchentages
 am Dienstag, dem 25. September 1923,
 nachmittags 5 1/2 Uhr,
 im Bürgerchaftssaal des Rathauses. (6806)

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Nach Beschluß des Verwaltungsrates vom 2. August werden vom 4. August ab die Berechnungspreise für Gas, Elektrizität und Wasser nachstehend festgesetzt und erhoben. Demgemäß betragen ab 28. September die Berechnungspreise für

I. 1 cbm Gas Mk. 4 000 000
 II. 1 Kilowattstunde Strom 9 000 000
 III. 1 cbm Wasser 6 000 000

A. in Lübeck:
 1. für Haushaltungszwecke Mk. 2 400 000
 2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch Mk. 4 800 000

B. in Travemünde 4 800 000

IV. für Wasser nach beheizbaren Räumen monatlich:
 1. Häuser mit Leitungen Mk. 9 600 000
 2. Häuser ohne Leitungen 1 200 000

Bei Ueberströmung der Zahlungsscheine von 5 Tagen in dem Zahlungsjahr Rechnung von 5000 Mk. für jede angefangene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 8 000 000 Mk. zu zahlen.

Die Städtischen Betriebe.

Erhöhung von Fährgebern.

Das Fährgebe der Brückfähre, der Einsiedelfähre, der Klüppelfähre und der Fähre bei Fährbüchel ist erhöht worden. Die neuen Fährgebühren sind bei den Fährern angehängt.
 Lübeck, den 22. September 1923. (6807)
 Das Polizeiamt.

Die Kronleuchte Allee wird von der Polizeifrage für den 22. September 1923 ab bis auf weiteres für den Fahrwegverkehr gesperrt.
 Lübeck, den 22. September 1923. (6801)
 Das Polizeiamt.

Die Marktandgeschäfte werden ab 10. September, d. h. ab dem nächsten Tage Anschlag in der Halle.
 Die Marktbehörden.

Nichtamtlicher Teil

Eine Zeitungsträgerin
 für die Stadt bei guter Entlohnung gesucht.
Lübecker Volksbote,
 Johannisstraße 46.

Eine Bettstelle
 zu verkaufen. (6765)
 Wiedestraße 18, I.
 Laden-Reol und Drittleiter zu verkaufen. (6777)
 Sanger Lohbera 47, Str.

Wäschtopf
 zu verkaufen. (6809)
 Siedlung Brandenbaum, Soldatenweg 8.

Beitragskassierer
 für Solentor = Süd, innere Stadt und Gürtelort gesucht. Genesen, die einen Posten übernehmen wollen, erfragen mich, sich umgehend zu melden. (6763)
 Das Paracretariat, Johannisstr. 48, I.

Strampcar sucht zu sofort leeres Zimmer zu Stubenbenutzung. Ang. um 6 304 an die Exp. d. Bl. (6791)

Jung. Mädchen sucht ein möbliertes Zimmer. Ang. um 6 302 an die Exp. (6792)

Solider Handwerker sucht möbliertes Zimmer. Ang. um 6 303 an die Exp. d. Bl. (6792)

Möbliertes Zimmer gesucht. Ang. um 6 301 an die Exp. d. Bl. (6790)

G. erh. Herrschaft gel. Wohnung. 91, p. (6774)

Hühner, Enten, Tauben, Kanarienvögel, faulit Meding, Blüthenstr. 16. (6771)

An- und Verkauf von Möbeln und Betten. Fleischh. 87. Tel. 2216. (6797) I

Herzli. Sonntagsgeld. (6770)
 Dr. Heddinga, Geibelpl. 1.
 Br. Wz. Rabeburg, III. 2a.
 Dr. Eisenw. Lindenplatz 2.

Bei **Furunkulose** verwendet man stets

Das Pflaster
 mit dem

Inderkopf

Zu haben in der Adler- und Löwen-Apotheke. (6782)

Ad. Hübner Uhrmacher
 Fabrikstr. 13.
 Uhr- u. Goldwarenhdg. u. Reparaturwrt. (6793)

Jedes Ingeheuer befreit sofort P. Kröger beord. Kammerj. III. 3. Rabulmittel gegen Kopplanie. (6759)

Steppdecken
 Anfertigung u. Reparatur. Spethmann
 Breitestr. 31. Ferns. 8659 (6859)

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck.

Mit Wirkung vom 24. September 1923 treten folgende neue Lohnstufen und Beiträge in Kraft:

Lohnstufe	Arbeitsentgelt für die Woche	Grund- und Wochenbeitrag		Krankengeld bei Mehrleistungen		Sterbegeld bei Mehrleistungen	
		in Tausenden	in Tausenden	in Tausenden	in Millionen		
I	7 350	850	246	175	210	7	10 1/2
II	52 500	4 200	2 940	2 100	2 520	84	126
III	105 000	10 000	6 990	5 000	6 000	200	300
IV	175 000	20 000	13 800	10 000	12 000	400	300
V	245 000	30 000	21 000	15 000	18 000	600	900
VI	315 000	40 000	28 200	20 000	24 000	800	1 200
VII	385 000	50 000	35 100	25 000	30 000	1 000	1 500
VIII	455 000	60 000	42 000	30 000	36 000	1 200	1 800
IX	525 000	70 000	48 900	35 000	42 000	1 400	2 100
X	595 000	80 000	56 100	40 000	48 000	1 600	2 400
XI	665 000	90 000	63 000	45 000	54 000	1 800	2 700
XII	üb. 665 000	100 000	60 900	50 000	60 000	2 000	3 000

Der Anspruch auf Leistungen nach einem Grundlohn von über 35 Millionen Mark entsteht erst vom 15. Oktober 1923 an.

Lübeck, den 21. September 1923. (6803)
 Joh. Körner, Vorsitzender. A. Stuedel, Schriftführer.

Herrn-Schneiderei
Reparaturwerkstatt.
 Flicker vorhanden.
Janensch,
 Sandstraße 6. 6781

Die unter dem 10. September 1923 von uns veröffentlichten Lohnstufen XVI—XXIII treten mit dem 20. September d. J. in Kraft. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, bis zum 28. September d. J. die zur Berechnung der Beiträge und Einzahlung in die neuen Lohnstufen erforderlichen Lohnangaben zu machen. Zuwiderhandlungen ziehen die gesetzlichen Folgen nach sich.
 Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.
 Der Vorstand. H. Steenbock. (6802)

Arbeiter-Liederbuch
 für Massengesang.
 Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Die Macht der Schönheit
 verleiht Ihnen nur die (6670)
duftreiche Glycerin-Milch-Seife
 Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.